

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 646-48 ppbn d



## Inhalt

Ludwig Fellermaier,  
Vorsitzender der Sozialistischen  
Fraktion im  
Europäischen Parlament  
würdigt die 25jährige  
Arbeit seiner Fraktion.

Seite 1-3

Rainer Offergeld, Bundes-  
minister für wirtschaft-  
liche Zusammenarbeit,  
macht sich Gedanken über  
einen "Marshallplan für  
die Dritte Welt".

Seite 4/5

Erich Wolfram MdB be-  
richtet über die Neure-  
gelung der Erdölbevorra-  
tung.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 111

14. Juni 1978

25 Jahre Sozialistische Fraktion des EP

-----  
Diplomatische Förmlichkeit muß konkreter Auseinandersetzung  
weichen

Von Ludwig Fellermaier MdB, MdEP  
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen  
Parlament

Die Sozialistische Fraktion des EP besteht heute 25 Jahre. Ist dies ein ganz gewöhnliches Jubiläum? Ein Grund zum Feiern; mit sich selbst und dem Erreichten zufrieden zu sein? Als sozialistische Parlamentarier vor 25 Jahren aus den damals sechs Mitgliedstaaten der Montanunion mit der parlamentarischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene begannen, bedeutete dies nichts Sensationelles. Gab es doch schon seit 1949 die Beratende Versammlung des Europarates. Dennoch stellte die Bildung der Sozialistischen Fraktion etwas qualitativ Neuartiges dar. In ihr sitzen die Abgeordneten nicht in nationalen Delegationen wie im Europarat, sondern ihrer politischen Überzeugung nach in transnationalen Fraktionen. Die 23 Mitglieder zählende Sozialistische Fraktion wählte 1953 Guy Mollet zu ihrem ersten Vorsitzenden und Erich Ollenhauer zu seinem Stellvertreter. Dies stellte acht Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gerade hinsichtlich der Beteiligung deutscher Parlamentarier durchaus noch keine Selbstverständlichkeit dar. Einmal mehr demonstrierte dieser Zusammenschluß zu einer Fraktion die Fähigkeit und Bereitschaft europäischer Sozialisten zu internationaler Solidarität und Zusammenarbeit.

Die 25jährige gemeinsame Arbeit in der Sozialistischen Fraktion erfolgte in einer Zeit, die einschneidende Veränderungen in Europa mit sich brachte. Die Geschichte unserer Fraktion ist zugleich die Geschichte der europäischen Integration, ihrer Erfolge, aber auch ihrer Fehlschläge. Alle inneren und äußeren Krisen und Probleme stärkten jedoch die Einsicht, daß nur ein demokratisch geeintes Europa mit den

vielfältig anstehenden Aufgaben fertig werden kann. In diesem Sinne arbeiteten auch die Parlamentarier in der Sozialistischen Fraktion, trotz mancher Meinungsunterschiede, die oft zu leidenschaftlichen Diskussionen führten, zusammen.

Der Glaube an die gemeinsamen Grundwerte erwies sich immer als stärker als alle aktuellen Meinungsunterschiede. Nach der Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark, ist die Sozialistische Fraktion nicht nur die zahlenmäßig stärkste politische Gruppierung im Europäischen Parlament, sie ist darüber hinaus die einzige Fraktion, in der sich Abgeordnete aus allen neun Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zusammengefunden haben.

Die gemeinsame politische Grundlage der Sozialisten im Europäischen Parlament sind die Ziele des demokratischen Sozialismus, nämlich die Bewahrung und Festigung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Europa. Auf dieser Basis sind wir bestrebt, im Interesse der arbeitenden Menschen, die Politik der europäischen Einigung mitzugestalten.

Solidarität im europäischen Rahmen ist die Voraussetzung dafür, ein Mehr an Freiheit und Gerechtigkeit auf demokratischem Wege zu erreichen. Dies setzt die Bereitschaft aller Beteiligten zu einem ständigen Interessen- und Lastenausgleich voraus. Nur so kann eine konkrete Politik zu Gunsten der sozial schwächeren und der benachteiligten Regionen erreicht werden. Für die Sozialistische Fraktion bedeutet die Integration in Westeuropa aber keine Abkapselung gegenüber Ländern außerhalb der EG. Besonders verbunden fühlt sie sich mit den freiheitlich-demokratischen Kräften in Portugal, Spanien, Griechenland und der Türkei. Sie unterstützt deren jeweilige Annäherung an ein integriertes demokratisches Europa.

Die Europäische Gemeinschaft muß sich ihrer Verantwortung als friedenserhaltende Macht in Europa, im Verhältnis zwischen West und Ost sowie in zunehmendem Maße auch im Verhältnis zwischen den reichen Industrie- und den Entwicklungsländern bewußt werden. Eine Politik, die sich dessen bewußt ist, und entsprechende Maßnahmen ergreift, kann immer mit der Unterstützung der Sozialistischen Fraktion rechnen.

Das 25. Gründungsjubiläum der Sozialistischen Fraktion findet ein Jahr vor den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Wir begrüßen diesen längst überfälligen Wahltermin. Die Direktwahlen sollen ein erster, wenn auch wichtiger Schritt sein, das gegenwärtig vorhandene demokratische Defizit in der EC zu vermindern, die Entscheidungsprozesse durchschaubarer zu gestalten und die Mitwirkung der Bürger am politischen Willensbildungsprozeß nachhaltig zu stärken. Die zweite, nicht minder wichtige Etappe liegt dann in der Weiterentwicklung der parlamentarischen Befugnisse des EP: Die Durchsetzung dieses sich aus den Direktwahlen zum Europäischen Parlament logisch ergebenden Zieles wird die eigentliche Bewährungsprobe für die ersten direkt gewählten Europaparlamentarier sein.

Die Sozialistische Fraktion hat sich stets dafür eingesetzt, die Möglichkeit einer Erweiterung der EG um europäische Länder mit demokratischen Staatsformen offen zu halten. In diesem Sinne begrüßen wir die Beitrittsanträge von Griechenland, Spanien

und Portugal. Die Bruderparteien in diesen Ländern dürfen sich unserer Unterstützung sicher sein.

Alle diese Zukunftsaussichten berechtigen zu der Aussage, daß die Sozialistische Fraktion an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung steht. Werden die Direktwahlen schon rein quantitativ in etwa eine Verdoppelung der Zahl der Fraktionsmitglieder mit sich bringen, so sind die qualitativen Veränderungen noch entscheidender. Ein Großteil der direkt gewählten "Europaparlamentarier" wird sich ausschließlich auf sein europäisches Mandat konzentrieren. Dies wird nicht nur zu einer Änderung im Tagungs- und Arbeitsstil des Parlaments und der Fraktion führen. Vielmehr werden die Abgeordneten auch gezwungen sein und die Möglichkeit haben, mehr als bisher den Bürgern und Wählern gegenüber Rechenschaft über ihre politische Arbeit abzulegen. Das Ziel einer bürgernahen - was auch heißt dem Bürger verständlichen - Europapolitik muß hierbei im Vordergrund stehen. Die politischen Kontroversen werden dementsprechend zunehmen und der bis heute im EP anzutreffende diplomatisch-höfliche Stil wird sicher manches Mal einem etwas direkteren Stil weichen müssen. Auch in der Europapolitik muß manchmal Fraktur geredet werden. Dabei werden in den Parlamentsdebatten sicherlich die Meinungsunterschiede zwischen den auf mehrere Fraktionen verteilten Konservativen einerseits und den Sozialisten andererseits deutlicher zutage treten. Auch dies wird mit dazu beitragen, die verschiedenen politischen Positionen für den europäischen Wahlbürger anschaulich zu machen.

Die Erweiterung der Gemeinschaft um drei neue Mitgliedstaaten wird darüber hinaus im Rahmen des Europäischen Parlaments zu nicht unerheblichen Schwierigkeiten führen. Erinnert sei an dieser Stelle nur an das Übersetzungsproblem bei dann neun Amtssprachen.

Die Sozialistische Fraktion und mit ihr die anderen politischen Kräfte im Europäischen Parlament, stehen an einem interessanten Punkt ihrer Entwicklung. Die künftig zu bewältigenden Aufgaben sind wahrhaft zahlreich. Ihre Lösung wird, wie in der Vergangenheit, nur in öffentlichen Debatten auf Grund eines freimütigen fraktions-internen Meinungsbildungsprozesses möglich sein.

Entsprechend unserer Grundüberzeugung, daß eine weitere Integration ohne gleichzeitige Demokratisierung der EG für demokratische Sozialisten nicht akzeptabel ist, werden wir uns auch weiterhin um gemeinsame, im Geiste der Solidarität und des gegenseitigen Verständnisses erarbeitete Lösungen bemühen.

Der Dank gilt denen, die, ob als Abgeordnete oder Mitarbeiter, in den vergangenen 25 Jahren die erfolgreiche Arbeit der Sozialistischen Fraktion ermöglichten. Unsere Hoffnung für die Zukunft kann nur in der Fortsetzung dieser Arbeit im Dienste der Menschen und des Friedens in Europa bestehen.

(-/14.6.1978/ks/hgs)

+ + +

### Investitionsprogramm für die Dritte Welt?

Uns geht es nur besser, wenn es auch anderen besser geht

Von Rainer Offergeld MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die weltwirtschaftliche Lage ist unbefriedigend. National wie international mehren sich die Stimmen, die einen erhöhten öffentlichen und privaten Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer fordern, um damit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Dritten Welt voranzutreiben und gleichzeitig einen Beitrag zur Belebung der Weltkonjunktur zu leisten.

Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Nord und Süd ist bereits jetzt beachtlich: So flossen von den Exporten aller westlichen Industrieländer 1976 22 Prozent in die Dritte Welt (8,5 Prozent in die OPEC-Länder und 13,5 Prozent in die Nicht-Öl-Entwicklungsländer). 27 Prozent aller Importe der westlichen Industrieländer stammten 1976 aus der Dritten Welt (15 Prozent aus den OPEC-Ländern und 12 Prozent aus den Nicht-Öl-Entwicklungsländern).

Die Interdependenz der Industrieländer und der Entwicklungsländer legt deshalb Überlegungen über die Ankurbelung der Weltwirtschaft durch einen massiven Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer nahe. Die Transmissionseffekte zwischen den wirtschaftlichen Aktivitäten in den Entwicklungsländern einerseits und den Industrieländern andererseits sind uns zwar im einzelnen nur oberflächlich bekannt. Erste Untersuchungen haben aber gezeigt, daß z.B. eine Erhöhung der Wachstumsrate in den nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländern um Drei-Prozent-Punkte zu einer Erhöhung der Wachstumsrate in den OECD-Ländern um einen Prozent-Punkt führt.

Viele Politiker der westlichen Welt diskutieren seit einiger Zeit Maßnahmen, die man unter dem Titel "Investitionsprogramm für die Dritte Welt" zusammenfassen kann. Diese Diskussion ist bisher in der Bundesrepublik kaum aufgenommen worden. Neuerdings stellt das DAC (Development Assistance Committee) der OECD einen Vorschlag zur Diskussion, der von einem zusätzlichen öffentlichen und privaten Ressourcentransfer in Höhe von zehn Milliarden Dollar jährlich ausgeht (1977 flossen in die Entwicklungsländer ins-

gesamt 64 Milliarden Dollar). Es erwartet dadurch einschließlich des Multiplikatoreffektes eine zusätzliche Nachfrage von 20 Milliarden Dollars in den OECD-Ländern.

Dies reicht sicher nicht aus, um Vollbeschäftigung in den OECD-Ländern herzustellen. Allerdings ist das kein Argument gegen diesen Vorschlag. Er zeigt lediglich, daß die Dritte Welt einen Beitrag zur Überwindung der Stagnationstendenzen in den Industrieländern leisten kann - nicht mehr und nicht weniger.

Zusätzliche Investitionen in der Dritten Welt könnten zunächst vornehmlich in die Sektoren Energie, Nahrungsmittelerzeugung, Rohstoffe und in den Bereich der Infrastruktur geleitet werden. Die Förderung dieser Sektoren liegt im langfristigen gegenseitigen Interesse von Nord und Süd.

Die Überlegungen für ein "Investitionsprogramm für die Dritte Welt" gehen in eine vernünftige Richtung. Sie müssen im einzelnen noch verfeinert werden. Einige der zu prüfenden Komplexe sind

- 1/ die Frage, wieweit die Struktur der Nachfrage in den Entwicklungsländern mit der Struktur der Kapazitäten in den Industrieländern übereinstimmt. Die Antwort auf diese Frage hängt natürlich sehr stark von der Art der in der Dritten Welt zu fördernden Sektoren ab.
- 2/ Die Frage nach den Grenzen der Absorptionsfähigkeit der Entwicklungsländer. Sie kann nur positiv beantwortet werden, wenn große Anstrengungen gemacht werden, um die beträchtlichen Engpässe im Bereich der Planung abzubauen. Hier müßte verstärkte technische Hilfe einsetzen.
- 3/ Es muß intensiv untersucht werden, wieweit ein massiv erhöhter Ressourcentransfer inflationäre Tendenzen in den Industrieländern verstärken könnte.
- 4/ Desgleichen muß auch Klarheit über den Zeithorizont der Maßnahmen gewonnen werden. Einige der international diskutierten Vorschläge setzen auf kurzfristige Maßnahmen, andere bevorzugen eine Art 20jährigen "Marshallplan für die Dritte Welt", um eine langfristige Stabilisierung der Weltwirtschaft zu erreichen.

Vorrangiges Ziel eines verstärkten öffentlichen und privaten Kapitaltransfers in die Dritte Welt ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Dafür ist u.a. entscheidend, die Massenkaufkraft der armen Bevölkerungsgruppen zu stärken. Die Förderung von Investitionen z.B. in den vorgeschlagenen Bereichen Nahrungsmittelerzeugung und materielle und soziale Infrastruktur schafft Arbeitsplätze und dient diesem Ziel.

Ein Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer bringt langfristig auch den Industrieländern Nutzen, wenn es gelingt, spürbare Wachstums- und Beschäftigungseffekte auszulösen. Die Erfahrungen, die mit dem Neuaufbau der Wirtschaft in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gesammelt wurden, zeigen: Es geht uns nur dann besser, wenn es auch anderen besser geht. Verkaufen kann man nur, wenn andere auch kaufen können. Deshalb verdient die Diskussion über ein Investitionsprogramm für die Dritte Welt, auch wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland noch am Anfang steht, verstärkte Aufmerksamkeit.  
(-/14.6.1978/ks/hgs)

## Ölvorräte für 90 Tage -----

Das Mineralöl-Bevorratungssystem wird umgestellt

Von Erich Wolfram MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Energie und Umwelt" der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag wird in dieser Woche das Erdölbevorratungsgesetz in 2. und 3. Lesung beraten und verabschieden

Durch eine Umstellung des Bevorratungs-Systems sollen durch die unterschiedliche Belastung der Hersteller bzw. abhängigen Importeure einerseits und der unabhängigen Importeure andererseits aufgetretenen Wettbewerbsdisparitäten beseitigt werden.

Eine öffentlich-rechtliche Körperschaft wird die Bevorratungspflicht übernehmen. Vorratspflichtige Unternehmen werden Zwangsmitglieder. Sie finanzieren die Bevorratungskosten über revolvingierende Kredite, Anleihen und Beiträge, die in die Preise über die vorratspflichtigen Mineralölprodukte eingehen.

Der Forderung nach "offenem Ausweis der Bevorratungskosten" konnten sich Bundesregierung und Wirtschaftsausschuß nicht anschließen. Aus rechtlichen, ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen ist dies nicht möglich. Eine Kollektivregelung würde eine spezielle Ausnahme vom Kartellgesetz zugunsten der Mineralölwirtschaft erfordern, was nicht möglich ist. Entscheidend für die SPD-Fraktion ist auch die Überzeugung, daß der "offene Ausweis" nicht automatisch zur Abwälzung der Bevorratungskosten auf den Verbraucher führt. Das einzelne Unternehmen kann selbstverständlich von sich aus einen offenen Ausweis vornehmen. Die im Gesetz vorgesehene Übergangsregelung reicht aus.

Die Vorräte und Läger sollen möglichst bedarfsgerecht auf die einzelnen Regionen der Bundesrepublik verteilt werden.

Der Erdölbevorratungsverband wird Pflichtvorräte in Höhe von 65 Tagen halten. Die Hersteller werden zusätzlich Vorräte in Höhe von 25 Tagen Reichdauer anlegen müssen.

Mit dem Gesetz wird dem Ziel, für den Krisenfall mit Versorgungsstörungen über angemessene Vorräte zu verfügen, Rechnung getragen. Ein weiterer Punkt der 2. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung kann damit als erledigt "abgehakt" werden.

(-/14.6.1978/ks/hgs)

+ + +